



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmond Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmond.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmond.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmond.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 29. November 2011

Bericht aus Berlin 12/2011

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die Beteiligung beim **Volksentscheid über Stuttgart 21** stattgefunden war hoch. Nahezu jeder zweite Abstimmungsberechtigte gab seine Stimme ab. Und die Baden-Württemberger haben sich mit deutlicher Mehrheit für den Bau des Bahnhofs ausgesprochen. 58,8 Prozent votierten gegen den Ausstieg aus dem Projekt. Auch in Stuttgart, wo die Menschen unmittelbar betroffen sind, ist eine klare Mehrheit von 52,9 Prozent für den neuen Bahnhof. Dies ist eine Bestätigung für den Kurs von Nils Schmid und der Baden-Württembergischen SPD, die sehr früh die Initiative für das Referendum ergriffen hat, um eine gesellschaftliche Zerreißprobe abzuwenden. Wir haben in diesem Konflikt mit offenem Visier agiert. Wir haben keinen Hehl daraus gemacht, dass wir für den Bahnhof sind. Aber wir wollten einen transparenten und demokratischen Ausweg aus der verfahrenen Situation. Wir wollten eine breite Legitimation. Der Erfolg dieses Weges hat Bedeutung über Baden-Württemberg hinaus.

Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet im Rahmen des Projekts Zukunft -Deutschland 2020 - an einem Infrastrukturkonsens für unser Land. Wir wollen mehr Demokratie durch eine frühere und ernsthaftere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Planung von sensiblen Infrastrukturprojekten -seien es Bahntrassen, Straßen, Kraftwerke oder Stromleitungen. Gerade weil Deutschland als dicht besiedeltes Industrieland eine leistungsfähige Infrastruktur braucht, um nachhaltige Mobilität, um Energiewende und Klimaschutz zu erreichen, müssen wir Misstrauen abbauen. Je breiter die Unterstützung für ein Projekt, desto größer die Chancen,



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

dass es solide realisiert werden kann. Was der SPD mit dem Atomausstiegskonsens gelungen ist - der innovative Ausweg aus einem gesellschaftlichen Großkonflikt - das wollen wir mit dem Infrastrukturkonsens für Deutschland fortsetzen.

In dieser Woche beschäftigt uns erneut die **Krise im Euroraum**. Wieder geht es um die Ertüchtigung des Eurorettungsschirms, der EFSF. Lange haben wir kritisiert, dass die Garantiesumme der EFSF nicht ausreicht, um der Vertrauenskrise auf den Anleihemärkten wirksam zu begegnen. Die Bundesregierung hat das lange geleugnet. Als sie dann mit der Ausweitung kam, war es schon fast zu spät. Schon bei der Änderung des so genannten Stabilitäts-Mechanismus-Gesetzes, das die Ausstattung des Schirms regelt, haben wir klar gemacht: Wir sind für eine Maximierung der finanziellen Kapazität der EFSF, um der ungebremsten Eskalation der Krise im Euroraum etwas entgegenstellen zu können. Aber bitte ehrlich und transparent. Denn wieder wollte die Bundesregierung das erhöhte Risiko verschweigen, das jetzt mit dem so genannten „Hebeln“ der Garantiesumme verbunden ist. Erst in einem gemeinsamen Antrag konnten wir Schwarz-Gelb dazu bringen, diese Risikoveränderung einzugestehen. Nun sind wiederum Wochen vergangen, bis uns endlich die Richtlinien der EFSF mit den Hebelmodellen vorlagen. Einen Tag später begann die Sitzung des Haushaltsausschusses, der darüber zu entscheiden hatte. Das ist, bei der Tragweite der Entscheidungen, ein beispielloser Zeitdruck auf das Parlament.

Wir sind mit vielen kritischen Fragen in den Haushaltsausschuss gegangen. Wir wollten Aufschluss über die Funktionsweise und das Risikopotenzial der Hebel. Das ist nur eingeschränkt möglich gewesen.

Zwei Modelle stehen zur Diskussion: Zum einen eine von der EFSF angebotene Versicherung von Staatsanleihen aus Krisenländern, die einen Teil des Ausfallrisikos übernimmt und dadurch potenzielle Anleger beruhigen soll. Zum anderen ein so genannter „Ko-Investitionsfonds“, der EFSF-Mittel durch das Engagement weiterer Investoren ergänzen und vergrößern soll. Gegenüber der Zweckgesellschaft, die einen solchen Fonds betreiben soll, haben wir schon im Oktober unsere Skepsis geäußert. Werden hier nicht wieder durch das Auflegen „strukturierter Finanzprodukte“ Risiken verschleiert? Die Unklarheiten konnten auch in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses nicht ausgeräumt werden. Wir haben deshalb im Ausschuss der Versicherungslösung zugestimmt, uns bei der Investorenlösung aber enthalten.

Längst sind doch die Zweifel in der Öffentlichkeit und auf den Märkten gewachsen, ob die EFSF überhaupt noch einen ausreichenden Beitrag zur Krisenbekämpfung leisten kann.

Zu viel Zeit wurde vertan!

Zu lange hat Merkel mit ihrer bekannten Hinhaltetaktik operiert!

Statt selbst zu handeln, hat sie andere handeln lassen!

In den hellen Tagesstunden kritisiert Merkel andere Europäer, die jetzt stärkere EZB-Aktivitäten fordern. Wenn es dunkel wird, hofft sie, dass die EZB ihr Aufkaufprogramm weiter führt.

Erst 100 Milliarden, jetzt über 200 Milliarden Euro an Staatsanleihen hat die Europäische Zentralbank aufgekauft. Das mag alternativlos geworden sein. Merkel aber sollte aufhören zu behaupten, sie sei gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden. Sie betreibt die



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vergemeinschaftung auf kaltem Wege. Hier wird die Öffentlichkeit ganz bewusst hinter die Fichte geführt.

Inzwischen steckt nicht mehr nur Griechenland in einer Rezessions-Schulden-Spirale. Auch Portugal ist hineingerutscht und hat große Probleme, die Konsolidierungsziele zu erreichen. Sogar Italien als drittgrößte europäische Volkswirtschaft wird jetzt massiv von der Krise erfasst. Mehr noch, auch die Anleihen von bestbewerteten Ländern wie Frankreich sind nur noch mit Zinsaufschlägen zu platzieren. Die Kettenreaktion hat den Kern der Eurozone erreicht. Dabei schlägt jetzt zum zweiten Mal nach 2008 eine Finanzkrise auf die Realwirtschaft durch. Nach der Europäischen Kommission warnt auch die OECD: Die Eurozone rutscht 2012 in die Rezession ab. Die Prognose sagt für Griechenland ein Minus der Wirtschaftsleistung von 3 Prozent voraus, für Portugal ein Minus von 3,2 Prozent, für Italien ein Minus von 0,5 Prozent. Deutschland bleibt davon nicht unberührt. Das ist Merkels Rezession. Denn aus der Abwärtsspirale einer Schulden- und Vertrauenskrise, die durch den Wirtschaftseinbruch weiter verschärft wird, kommen wir mit einseitigen Kürzungsprogrammen und mit einer Politik des erhobenen Zeigefingers nicht heraus. Wenn Merkel jetzt wieder dementieren muss, dass Europa sich aufspaltet in die sechs stärksten Euro-Länder, die gemeinsame „Elite-Bonds“ auflegen, in die Euro-Peripherie, die abgehängt bleibt, und die übrigen EU-Mitglieder, dann ist das ein Hinweis darauf, dass solche Überlegungen inzwischen zirkulieren.

Europa braucht eine Umkehrung dieser Logik der Spaltung. Wir brauchen ein unzweifelhaftes politisches Signal der gemeinsamen Handlungsfähigkeit. Und wir brauchen ein europäisches Modernisierungs- und Investitionsprojekt, das die Weichen Richtung Realwirtschaft stellt und ein neues nachhaltiges Wachstumsmodell ermöglicht. Wir brauchen die Finanztransaktionssteuer, um dieses Programm zu finanzieren. Dieser Neuaufbau bringt nicht nur die Hoffnung zurück, die Europa verloren hat, sondern wird auch die Anleger interessieren, die heute dem Euroraum den Rücken kehren.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Bundeszentrale für politische Bildung stärken

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ist eine der wichtigsten Institutionen der Demokratieförderung und Präventionsarbeit unter anderem gegen Rechtsextremismus. Die Zentrale der BpB und die von ihr geförderten Träger leisten politisch unabhängige, qualitativ hochwertige Arbeit. Die Geschehnisse um die Zwickauer Terrorzelle zeigen, dass unsere Demokratie gerade jetzt auf eine starke politische Bildung angewiesen ist. Die Kürzungen der Mittel der BpB um 3,5 Millionen Euro im Haushalt 2012 müssen daher zurückgenommen werden. Das Budget muss auf das Niveau von 2010 zurückgeführt werden. Eine Kopplung an das Budget der politischen Stiftungen ist zu prüfen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Arbeit der BpB zu stärken. Das Anschlussprogramm des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ muss gesichert werden. Die Trägerförderung der BpB bedarf neuer Richtlinien. Sie sollen die Fördersituation der Träger verbessern und Rechtssicherheit bei der Umsatzsteuer schaffen.

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist ein Meilenstein auf dem Weg, Menschen mit Behinderung von Anfang an gleichberechtigt einzubeziehen und ihre Menschenrechte, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Bei der Umsetzung der Konvention muss das geltende Recht sowie seine Anwendung überprüft werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Nationalen Aktionsplan um konkrete Umsetzungsperspektiven zu erweitern. Eine umfassende Barrierefreiheit ist ein Grundrecht und stellt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung dar. Sie betrifft die gesamte Reisekette des Öffentlichen Personenverkehrs sowie den Bahn-, Luft- und Fußverkehr. Auch im Bereich von Kommunikation und Tourismus, bei Baunormen und öffentlich zugänglichen Einrichtungen und Diensten muss Barrierefreiheit verwirklicht werden. Die Eingliederungshilfe am Arbeitsplatz ist ein zentrales Mittel um die hohe Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter zu bekämpfen. Eine bedarfsgerechte und flächendeckende gesundheitliche Versorgung, Pflege und



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rehabilitation sind weitere wichtige Ziele. Bei allen Maßnahmen müssen die Betroffenen und ihre Verbände nach dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ eingebunden werden.

Tag des barrierefreien Tourismus einrichten

Die Bundesregierung hat sich mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und den Tourismuspolitischen Leitlinien dazu verpflichtet, den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu Erholungs-, Tourismus-, Freizeit- und Sportaktivitäten sicherzustellen. Die Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin ist ein Aushängeschild der deutschen Tourismuswirtschaft. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, einen „Tag des Barrierefreien Tourismus“ auf der ITB einzurichten. Er soll der Sensibilisierung gegenüber Barrierefreiheit dienen und einen Dialog über gute Praxisbeispiele sowie innovative Marketingideen ermöglichen.

EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufnehmen

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union dient dem Frieden und gibt Impulse für gesellschaftlichen Fortschritt. Sie ist mit einer hohen Konditionalität für die Reife von Beitrittsländern verbunden. Montenegro hat seit 2010 Kandidatenstatus. Nach der Europäischen Kommission muss nun der Europäische Rat der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustimmen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro zuzustimmen. Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung der Region muss weiterhin hohe Priorität haben. Bei Beitrittsverhandlungen sollen keine zusätzlichen Bedingungen gestellt werden. Ein Monitoringverfahren soll die Implementierung des Aquis der EU im gesellschaftlichen Alltag überwachen. Die Bereiche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz sind dabei von besonderer Bedeutung.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Klimaschutz verbindlich machen

Auf der UN-Klimakonferenz in Durban muss die Staatengemeinschaft in der Klimaschutzpolitik weiter voranschreiten. Deutschland und die Europäische Union (EU) spielen dabei eine Schlüsselrolle. Unser Antrag fordert die Bundesregierung dazu auf, sich für die Verabschiedung eines globalen, rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommens einzusetzen. Ambitionierte Minderungsziele für Treibhausgase und das Zwei-Grad-Ziel müssen festgelegt werden. In der EU soll das Ziel einer unkonditionierten Senkung der Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 gelten. Das Kyoto-Protokoll soll um eine weitere Verpflichtungsperiode verlängert und verbessert werden. Die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz von Cancún sind umzusetzen. Die Finanzierung von Klimaschutz in Entwicklungsländern ab 2013 muss gesichert werden. Innovative Finanzquellen spielen dabei eine zentrale Rolle. Der Green Climate Fund ist zu operationalisieren.

Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich regeln

Deutschland hat erhebliche Defizite bei der Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen stagniert auf niedrigem Niveau. Die Freiwillige Vereinbarung der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Privatwirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit hat keine nennenswerten Fortschritte gebracht. Damit mehr Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen vertreten sind, bedarf es gesetzlicher Regelungen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, eine gesetzliche Quote von mindestens 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände einzuführen. Sie muss für Aktiengesellschaften und mitbestimmungspflichtige Unternehmen gelten. In Aufsichtsräten soll sie spätestens 2015 für Arbeitnehmervertreter sowie Anteilseigner gelten. Bei Vorständen ist sie in gesetzlich geregelten Schritten einzuführen. Neben dem bzw. der Vorstandsvorsitzenden soll jeweils ein Stellvertreter dem anderen Geschlecht angehören. Die Nichteinhaltung der Vorgaben muss sanktioniert werden.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kinderpornographie im Internet bekämpfen

Die Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet wird durch Internetsperren nicht substantiell verbessert. Sie sind ineffektiv, ungenau und leicht zu umgehen. Zudem schaffen sie eine Infrastruktur, die grundsätzlich problematisch ist. Das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen soll den Zugang zu kinderpornographischen Internetseiten erschweren. Die Regierung hat jedoch in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, kinderpornographische Inhalte ein Jahr lang nicht zu sperren. Das Bundesinnenministerium hat das Bundeskriminalamt per Erlass aufgefordert, dies umzusetzen. Diese Aussetzung des Gesetzes ist verfassungswidrig und bedarf einer gesetzlichen Korrektur. Unser **Gesetzentwurf** zielt daher auf die Aufhebung des Gesetzes. In unserem **Antrag** fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene für das Prinzip „Löschen statt Sperren“ einzusetzen. In Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt, Beschwerdestellen und Selbstkontrollenrichtungen muss die Löschung kinderpornographischer Inhalte auf ausländischen Servern vorangetrieben werden. Zudem sollen effektive Bekämpfungsstrategien weiterentwickelt werden. Die technische und personelle Ausstattung von Polizeibehörden, Schwerpunktstaatsanwaltschaften und nationale und internationale Zusammenarbeit sind der Schlüssel zum Erfolg.

Guthabenkonto einführen

Um am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzuhaben müssen Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Finanzdienstleistungen haben. Viele Kreditinstitute verweigern Verbraucherinnen und Verbrauchern jedoch aus wirtschaftlichen Gründen die Einrichtung eines Girokontos. Damit kann auch der Pfändungsschutz für Bankkonten nicht gewährleistet werden. Die Kreditwirtschaft hat es bisher trotz der Empfehlungen ihrer Spitzenverbände nicht geschafft, sich selbst zu regulieren. Daher ist eine gesetzliche Verpflichtung notwendig. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, Kreditinstitute zu verpflichten, kontolosen Kunden ein Girokonto auf Guthabenbasis einzurichten. Es soll über übliche Basisfunktionen verfügen und angemessene Kosten verursachen. Pfändungsschutzkonten sollen den gleichen Leistungsumfang bieten wie der normale bargeldlose Zahlungsverkehr.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sie dürfen nicht teurer als Girokonten sein. Die Schuldnerberatung muss ausgebaut werden. Auch in allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen Guthabekontos eingeführt werden.

Aus dem Kunduz-Untersuchungsausschuss lernen

Der im Dezember 2009 eingesetzte „Kunduz-Untersuchungsausschuss“ hat seinen Abschlussbericht über den Luftangriff vom 3./4. September 2009 und die Fehler von Bundeswehr und Bundesregierung verabschiedet. Die Mehrheitsbewertung im Ausschuss zeigt allerdings, dass die Regierungskoalition den Vorfall nicht sachgerecht, lückenlos und ungeschönt aufarbeiten will. Unser Sondervotum war daher notwendig, um die zivilen Opfer und das bewusst offensive Vorgehen der Bundeswehr zu benennen. Auch das problematische Zusammenwirken des „Provincial Reconstruction Team“ Kunduz und der Spezialkräfteeinheit „Task Force 47“, die Defizite bei der Bewertung von Informanten-Informationen sowie Koordinierungs- und Kontrollprobleme beim Militärischen Nachrichtenwesen mussten aufgezeigt werden. Die politische Verantwortung für den Vorfall trägt der damalige Verteidigungsminister Jung, die persönliche Verantwortung liegt bei Oberst Klein. Gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen haben wir einen Forderungskatalog vorgelegt, der Lehren aus dem Vorfall zieht und notwendige Reformen einfordert.

NATO-Operation Active Endeavour ablehnen

Die Bundesregierung will den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Reaktion auf die terroristischen Angriffe auf die USA bis Ende 2012 fortsetzen. Die NATO-Operation „Active Endeavour“ soll mögliche terroristische Aktivitäten im Mittelmeerraum verhindern und bekämpfen. Bis zu 700 deutsche Soldatinnen und Soldaten können dafür im Bereich maritime Sicherheit eingesetzt werden. Aus unserer Sicht ist die Herleitung des Einsatzes über die kollektive Selbstverteidigung und kooperative Sicherheit im Bündnis der NATO zehn Jahre nach dem 11. September nicht mehr zeitgemäß. Bereits vor einem Jahr haben wir die Fortsetzung der Operation abgelehnt und eine Neulegitimation mit klarer und präziser Mandatserteilung gefordert. Die Bundesregierung ist darauf nicht



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

eingegangen und so werden wir auch diese Woche gegen eine Fortsetzung stimmen.

EU-Operation Atalanta unterstützen

Die Bundesregierung will die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „Atalanta“ bis 18. Dezember 2012 fortsetzen. Die Operation hat zum Ziel, Piraten vor der Küste Somalias abzuschrecken und zu bekämpfen. Humanitäre Hilfeleistungen, der zivile Schiffsverkehr und die Durchsetzung des Völkerrechts sollen damit gesichert werden. Dabei können bis zu 1400 deutsche Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Die Zusatzausgaben betragen 97,1 Millionen Euro. Davon entfallen 1,9 Millionen Euro auf das Haushaltsjahr 2011 und 95,2 Millionen Euro auf das Haushaltsjahr 2012. Die somalische Übergangs-Bundesregierung wird die von ihrem Staatsgebiet ausgehende Piraterie auf absehbare Zeit nicht wirksam bekämpfen können. Daher werden wir die Fortsetzung der Operation unterstützen.

EU-Mission ALTHEA verlängern

Die EU-geführte Operation „ALTHEA“ besteht seit Dezember 2004. Sie hat zum Ziel, durch die Implementierung der Daytoner Friedensvereinbarung und der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats den Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina weiter zu stabilisieren. Die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte soll diese Woche um ein weiteres Jahr verlängert werden. Bis zu 800 Soldatinnen und Soldaten sollen eingesetzt werden können. Dies erfordert Zusatzausgaben in Höhe von 6,8 Mio. € bis November 2012. Davon entfallen rund 0,8 Mio. € auf das Haushaltsjahr 2011 und rund 6,0 Mio. € auf das Haushaltsjahr 2012. Die SPD-Bundestagsfraktion hat „ALTHEA“ von Anfang an unterstützt. Wir stimmen der Verlängerung der Operation zu. Deutschland muss ein Signal zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina geben.

Nichtstaatliche Sicherheitsunternehmen kontrollieren

Sicherheits- und Militäraufgaben werden in der Außen- und Sicherheitspolitik demokratischer Gesellschaften zunehmend an nichtstaatliche Unternehmen



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

ausgelagert. In Deutschland kann die Reduzierung der Streitkräfte im Rahmen der Bundeswehrreform zu einer verstärkten Inanspruchnahme von privaten militärischen Sicherheitsunternehmen führen. Um ein Aufweichen des staatlichen Gewaltmonopols zu verhindern, muss ihr Einsatz geregelt und kontrolliert werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine Registrierungspflicht für private Sicherheitsfirmen mit Sitz in Deutschland einzuführen. Darüber hinaus ist ein Lizenzierungssystem für militärische Dienstleistungen von Unternehmen notwendig. Die Bundesregierung muss dem Bundestag jährlich über Sicherheitsunternehmen, die sie in Anspruch nimmt, berichten. Auf internationaler Ebene soll sie sich für mehr Transparenz und größere Kontrolle einsetzen, die durch Konventionen, neue Einrichtungen und Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden kann.

OSZE ausbauen

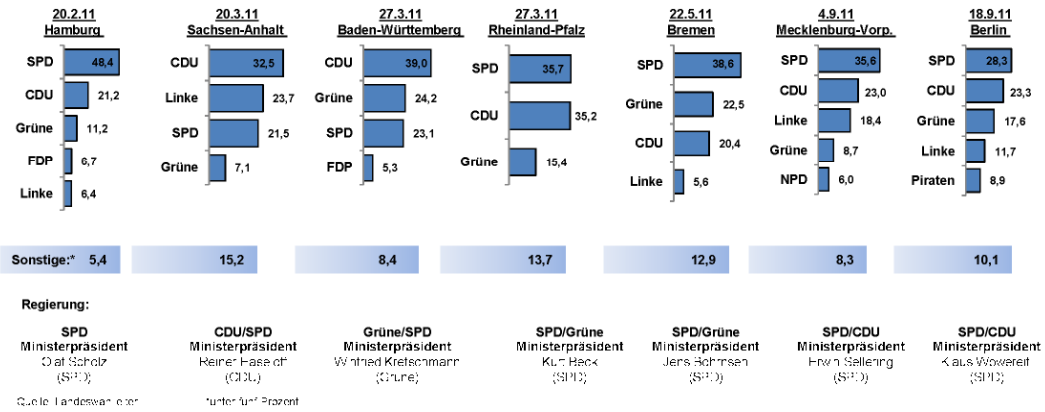
Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist das wichtigste Forum für gesamteuropäische Sicherheitszusammenarbeit. Allerdings besteht Uneinigkeit über ihre Aufgaben und ihr politisches Gewicht. Durch einen neuen Sicherheitsdialog kann die aktuelle Krise jedoch überwunden werden. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Europäischen Union und der OSZE für die Stärkung der OSZE als Sicherheits- und Friedensgemeinschaft einzusetzen. Der Aktionsplan für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa soll mit konkreten Vorschlägen umgesetzt werden. Es muss einen Dialog über eine europäische Sicherheitsarchitektur geben. Die sicherheitspolitischen Standards der konventionellen Rüstungskontrolle und Abrüstung sind auszubauen. Wir müssen grenzüberschreitenden Herausforderungen mehr Aufmerksamkeit widmen. Zur Durchsetzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten werden stärkere Instrumente benötigt. Schließlich gilt es, die Instrumente zur Konfliktprävention und zum Krisenmanagement weiter zu entwickeln.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Verantwortung für Deutschland

Das Wahljahr 2011 – eine Bilanz



Im „Superwahljahr“ 2011 gab es sieben Landtagswahlen: Die SPD steht in allen sieben Ländern in **Regierungsverantwortung**. Fünf Länder werden von einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten geführt. Im Februar errang Olaf Scholz die absolute Mehrheit in Hamburg. Im März stürzten Grüne und SPD die schwarz-gelbe Koalition im konservativen Stammmland Baden-Württemberg. Kurt Beck verteidigte die Regierungsführung in Rheinland-Pfalz, die SPD Sachsen-Anhalt ihre Regierungsbeteiligung. Im Mai ein klarer Wahlsieg von Jens Böhrnsen in Bremen. Im September erneutes Vertrauen für Erwin Sellering in Mecklenburg-Vorpommern und Klaus Wowereit in Berlin. Die Position der Sozialdemokratie ist gestärkt. Die SPD nimmt auch im Bund Kurs auf Regierungsverantwortung.

Planungsgruppe